

**Noch mehr europaweiter Protest –
Stoppt den Bolkestein-Hammer!**

Kommt alle am 11. Februar mit nach Strasbourg!

**Die EU-Richtlinie für Dienstleistungen in Europa
muss verhindert werden -
wir brauchen soziale, ökologische Regeln und
demokratische Kontrolle**

**Die Attac Gruppen in Europa und soziale Organisationen mobilisieren zusammen mit Einzelgewerkschaften für
Samstag 11. Februar 06 nach Strasbourg.
Attac Karlsruhe schließt sich dem an.**

DGB und ver.di schließen sich schwerpunktmäßig den französischen (CGT) und europäischen Gewerkschaften für den 14.2. (Dienstag) in Strasbourg an, obwohl dienstags erwartungsgemäß nicht alle Beschäftigten demonstrieren können.

Wir Karlsruher attacies fordern euch alle auf, mit uns am 11.2.06 nach Strasbourg zu fahren. Gemeinsam mit der Gewerkschaft NGG Karlsruhe und der „LINKEN“ Wahlkreis Karlsruhe haben wir zwei Busse organisiert, den Treffpunkt für die Abfahrt geben wir noch bekannt, z.B. auf der Webseite www.attac-karlsruhe.de Da die Demo in Strasbourg voraussichtlich um 14:00 Uhr beginnt, wird die Abfahrt wohl gegen 12:00 Uhr sein. Die Fahrtkosten liegen bei 10,- €, für Erwerbslose und Schüler/Studenten bei 5,- €. Fahrkarten ab 30.1.06 bei der NGG, Ettlinger Str. 3 und beim Wahlkreisbüro Karin Binder von „DIE LINKE“, Kreuzstr. 4, jeweils MO – FR 9:00 – 17:00 Uhr und bei attac Karlsruhe.



Die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) – der Stand der Dinge

In Brüssel wird an einer Dienstleistungsrichtlinie gearbeitet, die Konzernen Lohn- und Sozialdumping und das Unterlaufen von Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz erleichtern soll. Richtlinien sind Rahmengesetze, die von der EU-Kommission ausgearbeitet und vom Ministerrat und dem EU-Parlament verabschiedet werden. Viele sprechen vom bedeutendsten EU-Projekt seit Einführung des Euro. Sollte diese nach ihrem Schöpfer, einem ehemaligen EU-Kommissar, auch Bolkestein-Hammer genannte Richtlinie beschlossen werden, müssten die Mitgliedsstaaten ihre Gesetze so ändern, dass für fast alle grenzüberschreitend erbrachten Dienstleistungen in der EU das Herkunftslandprinzip gilt.

Herkunftslandprinzip heißt, dass Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, nur den gesetzlichen Regelungen ihres Herkunftslands unterliegen. Sieben von zehn Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor. Dazu zählen Branchen wie Altenpflege, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Handel, Baugewerbe, Handwerk oder Glücksspiel. Für fast alle soll das Herkunftslandprinzip gelten. Unglaubliches Rechtschaos wäre die Folge. 25 Rechtsordnungen würden parallel gelten. Weil Kontrollen ohnehin kaum mehr durchführbar wären, sollen sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur noch den entfernten Behörden im Heimatland erlaubt sein.

Damit Konzerne aus den Rechtssystemen immer das günstigste aussuchen können, soll die Niederlassungsfreiheit gleich mit liberalisiert werden. So können Betriebe schnell reagieren, wenn ein Land seine Standards senkt, um im Wettbewerb mitzuhalten. Unternehmen sollen frei wählen können, ob Dienstleistungen grenzüberschreitend unter dem Herkunftslandprinzip oder im Land durch eine Niederlassung erbracht werden.

Während die EU-Verfassung kein europaweites Streikrecht beinhaltet, soll es jetzt möglich werden, die europäischen Gewerkschaften beliebig gegeneinander auszuspielen. Erbringt ein Unternehmen seine Tätigkeit grenzüberschreitend, ist für die Vertretung der Beschäftigten die Gewerkschaft des Heimatlandes zuständig. Während Gewerkschaften im Inland ohnmächtig zusehen müssten, was sich vor ihrer Haustür abspielt, wären sie überfordert, die Beschäftigten an Orten, die tausende von Kilo-

metern entfernt sind, zu organisieren.

In einem derartigen Raubtierkapitalismus würden nicht nur EU-Staaten immer mehr gezwungen, ihre Standards zu senken, sondern könnten auch Unternehmen ihre Qualität nicht mehr halten. Wer im Wettbewerb mithalten will, der wird Löhne drücken und an Investitionen sparen müssen. Damit geraten auch Ausbildungsplätze und Weiterbildung in Gefahr.

Die Richtlinie ist eine Gefahr für Europa. Wer Menschen so gegeneinander ausspielt, der sät Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Doch es ist noch nicht zu spät, diese Politik zu stoppen. Dem Entwurf der EU-Kommission müssen noch die Wirtschaftsminister der Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament zustimmen.

Aktuell: Das Ringen um die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist nun in der entscheidenden Phase. Nach der Entscheidung des EU-Binnenmarktausschusses zur EU-Dienstleistungsrichtlinie am 22.11.2005 hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac massive Proteste angekündigt. "Wir werden mit aller Kraft zu einer europaweiten Großdemonstration in Straßburg mobilisieren, um die Richtlinie im Parlament noch zu stoppen", sagte Stephan Lindner, EU-Experte und Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Am 11. Februar 2006, dem Samstag vor der entscheidenden Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments, wollen Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus ganz Europa gegen die Richtlinie demonstrieren.

Attac fordert die Rücknahme des Kommissionsentwurfs und die Ausarbeitung eines neuen Richtlinienvorschlags. Dabei müssen alle Interessensgruppen von Anfang an bei der Erarbeitung einbezogen werden. Ziel muss sein, die unterschiedlichen Standards und Regelungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherschutz schrittweise auf höchstem Niveau zu harmonisieren und ihre Einhaltung kontrollierbar zu machen.